

Anzeigen: die Kleinzeile oder deren Raum im Morgenblatt
15 Pf., im Abendblatt und Reflamen 30 Pf.

Abend-Ausgabe.

Italien.

Rom, 22. April. Der „Secolo“ und die „Italia del Popolo“ erklären heute die früheren Nachrichten über eine Lockerung der Disziplin in den Kasernen anlässlich der Vorgänge in Afrika für unbegründet. General Lestajochi, der Kommandant in Mailand, zieht nunmehr seine Klage gegen die Blätter zurück.

Dänemark.

Kopenhagen, 21. April. Gestern Nachmittag starb plötzlich am Herzschlag der Minister für öffentliche Arbeiten und Verkehr Herr Hans Peter Jørgensen, dessen politische wie Ministerthätigkeit ihn zu einem der hervorragendsten

Wagner nahm einen der bemerkenswertheſten Männer machte, die in der jüngſten politiſchen Geſchichte Dänemarks eine Rolle ſpielten. Er war 1831 geboren, ſtudirte erſt Jura, wurde dann aber Landwirth. Als ſolcher fand er Gelegenheit, ſein Gut zu einer Viehwirthſchaft zu geſtalten, und als Gemeindevorſteher als Amtsrath ſowie in zahlreichen anderen Aemtern zeigte er ſeine hohe Befähigung. 1873 wurde er ins Folkething gewählt, ſiel aber drei Jahre ſpäter, als dieſe Körpergeſamt wegen der Aufſtand-

frage aufgestellt wurde, durch. Von 1879 bis 1884 lag er wieder im Förfetthing, in dem er sich in der Verfaßfungs- und Fefetungsfrage eng an die Rechte fchloß und großen politifchen Einfluß gewann. Seit Verdienft ift es, im Verein mit einigen anderen die Rechte organisiert zu haben. Als er 1884 bei den Förfetthingwahlen durchfiel, wurde er bald darauf ins Landsting gewählt, wo er gleichfalls sehr einflußreich und einer der anerkannten Föhrer der Rechte wurde. 1885, als der Verfaßungstamf eine befondere Schärfe befaß, trat Ingerflew als Minifter des Innern ins Gftrigste Kabinet, dem er in beffen Kampf mit dem Förfetthing ein gewandter Mitarbeiter wurde. Groß ift die Zahl der Gefetze, die er auf dem Gebiete der Landwirthfchaft, des Handels, der Schiffahrt und Induftrie, des Verkehrsweſens und auf fozialem Gebiet verpflchten konnte. Auf dem Verkehrsgebiete find eine Gefetze über den Staatsbahndetrieb (1892) und das Poftweſen zu nennen; erwähnenswerth ift auch die Schöpfung des Kopenagener Frieſens und verſchiedener Dampferfahrerverbündungen, diefer für das dänifche Eifenbahnweſen charakteriſtiſchen Zwifchenglieder, die die Aufbehalten der technifchen Kreiſen der ganzen Welt erregt haben. 15 große Dampffähren beſitzt jezt Dänemark für die Ueberführung von Fracht und Eifenbahnwagen über die dänifchen Balfeſtraßen, die im Verkehr zwifchen der ſkandinaviſchen Halbinfel und Deutſchland eine ganz befondere Rolle ſpielen. Bei der Einweibung der zulezt geſchaffenen Dampffährenverbindung zwifchen Kopenhagen und Malmö im vorigen Sommer, auf der die gewaltige Fähre „Höfönd“ fährt, ſprach Minifter Ingerflew es aus, daß der Zeitpunkt nicht mehr fern ſein möge, o auch zwifchen Giebler und Warnemünde eine Dampffähre verkehren werde. Zu erwähnen ift er auch das vor einigen Tagen in beiden Thinen des Reichstages durchgegangene Gefetz über Eifenbahnutagen, die howohl im Paſſagier- und Frachtverkehr Ermäßigungen bringen. Bedeutende Merkmale der Thätigkeit Ingerflews ift ferner ſeine Gefetze über Armenweſen, Fterkunterfützung und Krankenkaffen. In Folge großen Unfanges ſeines Verwaltungsbereichs ift 1894 eine Theilung ein. Ingerflew behielt die Verkehrsweſen und zum Minifter des Innern wurde Hörring ernannt.

Schweden und Norwegen.

Stockholm, 22. April. Bei der gemeinsamen Abstimmung der beiden Kammern nahm der Reichstag heute mit 207 gegen 168 Stimmen die Regierungsvorlage betreffend die Bewilligung von 11 780 000 Kronen für das neue Flottenmaterial an; von dieser Summe werden 5 440 000 Kronen für das nächste Jahr verlangt. Von den 207 für die Vorlage Stimmenbenutzenden gehören 141 der ersten, 66 der zweiten Kammer an. Gegen die Vorlage stimmten 8 Mitglieder der ersten und 160 Mitglieder der zweiten Kammer.

England.

London, 22. April. Bei der „Adventures and Exploration-Company“ ist heute Vormittag folgende Depesche eingegangen: „Bulawayo, 21. April, Nachmittags 4 Uhr. Die Lage ist ernst. Die Matabelen haben sich in einer Stärke von ungefähr 14 000 Mann der Stadt bis auf drei Meilen genähert. 1150 befreundete Eingeborene sind in der Stadt angekommen.“

Russland.

Petersburg, 22. April. Fürst Ferdinand von Bulgarien nahm heute an einem Frühstück beim Großfürsten Vladimir, welches dieser anlässlich seines Geburtstages gab, und welchem auch der Kaiser und die Kaiserin beizuwohnten, Theil und machte dann bei den Mitglieðern der kaiserlichen Familie Abschiedsbeuuche. Abends fand bei dem Minister des Aeußeren Fürsten Johanolow ein Diner zu Ehren des Fürsten Ferdinand statt.

Bulgarien.

Sofia, 22. April. Nach hier eingegangenen Nachrichten aus Petersburg hat der Zar den Fürsten Ferdinand persönlich zu der Krönungsfeier eingeladen.

Stettiner Nachrichten.

* **Stettin**, 23. April. Für die am 27. April unter Vorsteh des Herrn Vangerichtsraths abgelaufene beginnende, dritte diesjährige Bauvergerichtsperiode sind als Geschworene einberufen die Herren Oberschlichter Capitän Hans Knust, Fabrikdirector Martin Knustorf, Kaufmann und Viceconsul Gustav Adolf Skarow, Major a. D. Wilhelm Detel, Bauverbesitzer Bernhard Eichstädt, Oberlehrer Dr. Hans Müller, Kaufmann Karl Boldt, Kaufmann Ernst Neincke, Königl. Bauath a. D. Alfred Brennhaußen, Bauvermeister Richard Löb, Regierungsschaffner Paul Dalk, Zivilgenosse Willy Müller und Kaufmann August Schuppe, sämtlich von hier, ferner Kaufmann Julius Böder, Fiddichow, Kaufmann Franz Ademann, Bollin, Kaufmann August Zimmermann, Gantzerin, Fabrikbesitzer Kaiser, Torgelow, beratmann Wilhelm Karbe, Riebenow, Güts-

Der Prozeß Hammerstein

ist beendet und damit auch der „Fall Hammerstein“, der so viel Staub aufgewirbelt hat und welcher so viel sensationellen Stoff und Klatsch geliefert hat. Wer sich von dem Prozeß noch politisches Interesse versprochen, der ist bitter enttäuscht worden, denn bei den Verhandlungen wurden auf besonderen Wunsch des Vorsitzenden alle politischen Wendungen vermieden, und die war nur anzuerkennen, denn im entgegengesetzten Falle wären weitere Betrachtungen in den verschiedenen politischen Organen erfolgt, zur Klärung hätten dieselben kaum beigetragen. Der Name Hammerstein's wird kaum noch genannt werden, denn sein Träger ist für die Gesellschaft todt, nachdem sich die Manern des Zudritts ausser ihm geschlossen. Der hochstehende Freiherr, der Leiter eines angesehenen Blattes, der Führer einer tonangebenden Partei ist schnell von dem selbstbereiteten Geiſt ererbt worden und selbst unter seinen getreuesten Freunden dürfte es keinen geben, der bei diesem Ende mit Schrecken Mitleid für ihn empfindet, der Glorienschein, mit welchem sich derlei umgeben hatte, ist verschwunden. Man fragt sich nur mit Erstaunen, daß dieser Glorienschein so lange erhalten werden konnte, obwohl Hammerstein schon lange mit seltener Kühnheit auf der Bahn des Verbrechens wandelte. Bei der gefrigen Verhandlung hat Hammerstein — der Noth gehorchend, nicht der eigenen Tugend — ein unangenehmes Geständniß abgelegt, die 3 ungenutzten verloren deshalb an Interesse. Gegreift hat der Staatsanwalt Oberstaatsanwalt Drecher dagegen auf, daß dem Angeklagten mildernde Umstände zugebilligt werden, da es sowohl in der That selbst, wie in der Person desselben viele Momente gebe, welche mildernde Umstände unmöglich machen, und nicht mit Unrecht nannte der Staatsanwalt den Angeklagten einen geübten Hochstapler, der Jahre hindurch ein Verführer war. — Die Verteidiger gaben sich Mühe, für mildernde Umstände zu plädiren, allerdings war es ihnen nicht möglich, haltbare Gründe für solche vorzubringen, sie versuchten einen Stand und die öffentliche Stellung Hammerstein's als Milderungsgrund anzuführen, weil er sich ihm hätte neben den Interessen seiner Familie auch die Interessen der von ihm vertretenen Partei anverwandelt.

Partei in Frage gestanden und waren mit-
theilhaftig, die Straftat zu begehen. Der
Staatsanwalt bekämpfte diese Gründe energisch,
indem er ausführte, vor dem Gesetze sei es ganz
gleichgültig, ob ein Angeklagter aus niedrigerem
Stande oder zufällig ein Freier sei. Falsch sei
es auch, daß die Lage, in der sich der Ange-
klagte zur Zeit der That befand, mildernde Um-
stände herbeiführte. Habe der Angeklagte denn
nicht geglaubt, daß er dadurch, daß er sich zum
Falscher und Betrüger machte, der konservativen
Partei einen viel schwereren Schlag versetzte,
als wenn er seinen finanziellen Ruin offenbarte?
Daß der Angeklagte selbst zu seiner Vertheidigung
anführte, gipfelte nach den Berichten Ver-
treter Blätter in Folgendem: „Er befreite, über
seine Verhältnisse gelehrt zu haben. Mit einer
hohen Familie sei er nach Berlin gekommen,
seine Stellung habe ihm mancherlei Neprüf-
ungen auferlegt. Seine Thätigkeit sei
ihm höchst aufreibend gewesen, die es ihm un-
möglich machte, sich um seine Privatverhältnisse
ausreichend zu beschäftigen. Von Verschwendung,
Luxus oder Lurus kann bei mir keine Rede sein,
denn der Angeklagte, ich habe nur unver-
antwortlich leichtsinnig meine eigenen Privat-
verhältnisse vernachlässigt gegenüber den öffent-
lichen Angelegenheiten. Dadurch bin ich in die
Schulden gerathen, was nicht der Fall gewesen
wäre, wenn ich als bonus pater familias mich
nur um meine eigenen Angelegenheiten be-
kümmert hätte. Ich habe alle meine Kräfte auf
einen Gedanken konzentriert, die politischen
Veränderungen zu vertreten, die ich für die allein-
richtigen hielt. Ich habe mich nur deshalb zu
diesem Schritt verstanden, weil sonst auch die
konservative Partei dem Ruin verfallen wäre.
Ich habe damals auscheiden müssen, so be-
traute ich, wäre die auf selbstthätigen Füßen
stehende konservative Partei, wie sie heute be-
steht, nicht zu Stande gekommen. Gelang es
nicht, mich aus der finanziellen Noth zu
ziehen, so wäre eine politische Katastrophe
eingetreten. So bin ich denn
hierher gekommen. Ich habe nie versucht, zu
fliehen, was ich gethan. Vorprebiger Stöcker
erwähnt in einer Verfammlang, allerdings
Nennung meines Namens, gesagt: „Es ist
Freund in den Abgrund gestürzt.“ Er hat
geirrt, das trifft zu. Ich war in wirtschaft-
licher, wie politischer Beziehung namenlos
geblieben. Ich bin dabei gefranstelt und in den
Schulden und gestürzt. Man hat mir Geldstücke der
Königsmünze in großer Menge nachgeschleudert.
Ich schickte mich wohl der Parteihaft aus, aber
der Herr Oberstaatsanwalt sagt, ich sei
denker, so fühle ich mich dadurch besonders
beleidigt. Ich erinnere ihn an das Paulinische
Wort: „Was ich will das Gute, das thue ich
nicht, das Böse, was ich nicht will, das
thue ich.“ Ein Mann, der wie ich im öffent-
lichen Leben gestanden und hinter die Kulissen
hinein trat, würde wohl leicht Sagen zu
den bringen können, welche meine Person
zu einem besseren Licht stellen würden, als es der
Staatsanwalt gethan. Ich verzichte aber
auf dies, denn es würden dabei Sagen zu
den gebracht werden müssen, die den Gegnern
unangenehm sind. Dies will ich nicht, ich will die
gelebten Erwartungen auf Discretion nicht
setzen. Ich weiß, daß ich gescheit habe. Aber
ich vertraue auf Gottes Gnade und Barm-
herzigkeit. Ich will tragen, was kommt, ich
habe den Muth zu denken an den Beginn eines
neuen Lebens, so Gott mir Zeit dazu giebt,
um meine Herren Richter — hier brach dem
Herrn Mann, ich bin 58 Jahre alt, was
Staatsanwalt gegen mich beauftragt hat,
einer lebenslänglichen Strafe gleich. Ich
mich aus den Gesamterwärtungen her-
aus zu befreien und mir mildernde Umstände
zu verjagen.“

Sir haben bereits das Urtheil mitgetheilt, neigth
auf 3 Jahre Buchhaus 1500 gegen

Selbststrafe event. noch 100 Tage Zuchthaus u. 5 Jahre Ehrverlust lautet. Aus den Urtheilgründen sei hervorzuheben, daß der Gerichtssich im Wesentlichen der Auffassung des Staatsanwalts angeschlossen und das Vorliegen der Unterschlagungen verneint. Bezüglich des Betrags fehle es nach Ansicht des Gerichts nicht an einem Vermögensesträger. Zum mindesten sei es zu seiner Zeit gebildete Affien-Gesellschaft gewesen und der Gerichtshof habe keinen Anlaß zu der Annahme, daß gar keine Affien mehr vorhanden seien; an Stelle der Affienbesitzer seien deren Erben getreten. Alle Thatmerkmale des Betruges seien gegeben, ebenso die der Urkundenfälschung, doch habe der Gerichtshof nur einen einseitigen Entschluß und somit nur eine Handlung angenommen, die Frage nach milderen Umständen nach reichlichen Ergänzungen verneint habe. Er sei mit dem Staatsanwalt der Meinung, daß die Angeklagte durch eigene Schuld in seine Notlage gerathen ist. Wer mit seinem Gute verabgewirtheitet habe, daß er ohne einen Pfennig hinausziehen muß, der sollte doch wenigstens mit einem Einkommen von mindestens 12 000 Mark außerordentlich gut auskommen können. Ein solcher Mann habe doch alle Veranlassung, sich einzuschränken. Von einem solchen Einkommen sollte der Angeklagte nicht haben erlitten können, um etwas von seinen Schulden abzulassen? Der Angeklagte habe gesagt einfach, er habe von 12 000 Mark nicht leben können. Wer befände sich denn in der bedauernswerthen Lage, ein Einkommen von 12 000 Mark zu besitzen? Der Angeklagte habe in den Tag hinein gelebt und nebenbei auch Geldausgaben zu Zwecken gemacht, die einem Gemann schlecht anstehen. Er habe seine Ehre geopfert und made geltend, daß, wenn er in den Mordgrund gestürzt wäre, er die konservative Partei mitgenommen hätte. Er habe nach Ansicht des Gerichtes der konservativen Partei einen sehr schlechten Dienst geleistet, denn jeder Partei wird wohl sagen: lieber sterben als einen Verbrecher an der Spitze haben! Wenn ein solches Verhalten geniest und seine Wohlthäter, welche ihn aus dem finanziellen Ruin und Sumpf herausgezogen hatten, in so schmählicher Weise hintergeht, verdient keine milderen Urtheile. Sein Gesandniß habe wenig Werth. Vor dem Gesetz seien Alle gleich, da sei der Freiherr von Hornemann nicht mehr wie der Steinlopper K., im Gegentheil, seine Bildung und Erziehung falle erschwerend in die Waagschale.

Während sich der Gerichtshof zurückzog, trat in im Gerichtssaal befindlicher Herr an den Angeklagten heran und reichte demselben die Hand, diesem Beispiel folgten die Herren Hofreiter a. D. Stöcker, v. Dergen und Hünich; Stöcker soll dabei die Worte „Der Herr ist armherzig und gnädig und seine Güte währet ewig“ zugeufen haben.

Deutschland.

Berlin, 23. April. Die „Sten. Ztg.“ schreibt: Der Austritt des General-Lieutenants von Spitz komme nicht unerwartet, wenigleich sehr richtige und frische General erbt 63 Jahre zählt; gleichwohl werde sein Ausscheiden aus dem Heere deshalb besonderes öffentliches Interesse erregen, weil von Spitz ebenso wie die meisten plötzlich in den Ruhestand versetzten mandirten Generale von Schlichting und von Blume in militärischen Kreisen als überaus angesehener Vertreter der Nothwendigkeit und Wichtigkeit der Reform des Militärstrafwesens im Sinne des Kriegsministers galt. Von Spitz war auch längere Zeit Mitglied einer militärischen Kommission zur Vorberathung des Entwurfs der Militärstrafgesetze.

— In Dresden sind in aller Stille seit
de März von einigen Männern 185 000 Mark
Errichtung eines Denkmals für den König
bert von Sachsen gesammelt worden. Eine
entliche Sammlung steht bevor.

Vor einigen Wochen stattete der als
nützlich in russischen Probenoffizierschulen
übergeordnet zu Petersburg stehende Prinz
von Oldenburg dem Großherzog in Olden-
burg einen Besuch ab. Gleichzeitigkeit hieß es,
dass Peter werde dauernd nach Oldenburg
abschieden. Allgemein wurde diese Meinung
als mit der Thronfolgerfrage in Zusammen-
hang gebracht. Nachdem Prinz Peter vor kurzem
zu Petersburg zurückgekehrt ist, wird jetzt be-
achtet, sein Besuch habe mit der Thronfolger-
frage nicht im Zusammenhang gestanden. Gleich-
zeitig wird mitgetheilt, daß der seit dem 25.
Juli v. J. vermittelte Großherzog Friedrich
von Preußen mit der Prinzessin Wil-
helmine von Preußen nur eine jetzt siebenjährige
Prinzessin Sophie, herabgekommen ist,
nach Ablauf des Trauerjahres mit einer
Prinzessin eines mitleidenden Fürstenthums
werden werde. Zum ersten Male begegnet uns
„Westf. Volksblatt“, das diese Meldung
hat, zugleich das Gerücht, daß der jüngere
Bruder des Großherzogs Peter, Herzog Georg, im
mer morgantlicher Ehe lebe. Dieses Ge-
ruch wird falsch erklärt.

— Nach einer Meldung des „Dann. Kur.“
der Präsident des Landgerichts zu Künigberg,
Niederschlesien, zum Reichsgerichtsrath ernannt worden.
Niederschlesien, ist ein Sohn des
des Schlegel-Wolfsteiner von Geburt und
den vor 1867 Kreisrichter in Kiel wurde,
Landgerichtsrath in Glückstadt. Im Jahre
1879 wurde er Kreis-, 1879 Landgerichtsrath,
1884 wurde er als Oberlandesgerichtsrath von
nach Hamm über. Letztere aber 1890 in
der Eigenschaft nach Kiel zurück. Erst vor
m wurde er zum Landgerichtspräsidenten in
Kiel ernannt.

— Der allgemeine Delegirtenstag der national-
leitenden Partei soll nach dem Beschluß des
zeitenden Ausschusses im letzten Drittel des
ts September zusammentreten.

Die „Nat.-lib. Corr.“ schreibt: „Vornehmliche Blätter stellen mehr oder minder tiefgehende Betrachtungen an über eine bei der liberalen Partei angeblich vorhandene Unklarheit, ihre grundsätzliche Auffassung des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche, und dieses überflüssige Arbeit, denn in der liberalen Fraktion herrscht bei aller Gewalt der Ueberfüllung im Justizdienst entgegenwirkend, nach wie vor Uebereinstimmung vor, daß der die Auswahl der Justizräte

nd | betreffenden Bestimmung oder einer anderen mit
= | ähnlicher Tendenz nicht zugestimmt werden kann.“

— An die Vorstände der Berliner Orts- und Betriebskassen hat der zuständige Magistratskommissar eine Verfügung erlassen, in der eine Geldstrafe von 20 Mark für jedes Vorstandsmitglied angedroht wird, falls am 1. Mai die vorgedruckten Dienststunden bei der Kasse nicht innegehalten werden. Schon im vorigen Jahre war ein Konflikt zwischen den Vorständen einzelner Kassen und der vorgesetzten Behörde entstanden, weil die ersteren, den Beisitzern der Generalversammlungen der sozialdemokratischen Kassenmitglieder nachgebend, in den Bureaus der Krankenkassen am 1. Mai „strikte Arbeitruhe“ durchführen wollten.

— Die *Maifestzeitung*, welche die *Expedition des sozialdemokratischen „Vorwärts“* herausgegeben, ist der *„Berliner Zeitung“* zufolge in später Abendstunde konfisziert worden.

— Der antisemitische Reichstagsabgeordnete Köhler erklärt jetzt in Siebener Blättern, daß er vom 1. Mai dieses Jahres ab die kaiserliche Postagentur in Langsdorf übernehmen und von diesem Tage an seine Wahl zum Reichstage ungültig werde.

— Wenn zu Anfang der vorigen Woche im Reichs-Versicherungsamte eine Konferenz wegen der Gestalt der Gefahrtarife stattgefunden hat, so hat es sich dabei um ein für die berufsgenossenschaftliche Verwaltung nicht nur, sondern auch für die Berufsgenossen selbst sehr wichtiges Moment deshalb gehandelt, weil nach den Gefahrtarifen in Verbindung mit den in jedem Jahre von den einzelnen Betrieben gezahlten Lohnsummen die Beiträge umgelegt werden. Die Veranlagung der Betriebe zu den einzelnen Gefahrtariffen ist den Gesetzgebern so wichtig erschienen, daß sie die Entscheidung darüber nicht den Organen der Berufsgenossenschaften anvertraut, sondern in die Hand des Reichs-Versicherungsamtes selbst gelegt haben. Es ist natürlich, daß, je höher entprechend dem bei der Unfallversicherung gewählten Umlageverfahren die jährlichen Beiträge der einzelnen Berufsgenossen werden, desto mehr Interesse in den Kreisen der letzteren sich auch der hauptsächlichsten Grundlage für die Berechnung der Beiträge, den Gefahrtarifen, zuzumendet. Man verfolgt in diesen Kreisen die auf die Gestalt dieser Tarife gerichteten Arbeiten mit Recht ganz genau. Im Anfange der berufsgenossenschaftlichen Thätigkeit, wo noch wenig statistisches Material über die Unfallgefahren der in den Berufsgenossenschaften vereinigten einzelnen Branchen vorlag, konnte ein abschließendes Urtheil über die Richtigkeit oder Unrichtigkeit einer Klassifikation nicht gewonnen werden. Absolut werden ja die Erfahrungen über den Umfang der Unfallgefahr in den einzelnen Betriebsarten niemals werden. Aber nachdem

Verursagengesellschaften jetzt schon mehr als zehn Jahre hindurch eine Unfallstatistik geführt haben, und nachdem über diesen Zeitraum für die einzelnen Gewerbszweige zahlenmäßige Nachweise der Unfallgefahr vorliegen, läßt sich schon leichter in der Frage ein Urtheil gewinnen. Daß die Verursagengesellschaften selbst aber von Zeit zu Zeit ihr früheres Urtheil entsprechend den inzwischen angestammelten Erfahrungen berichtigen, dafür hat das Gesetz geordert. In bemeldem Sinne bestimmt, daß die Gefahrrentarife zuerst nach dem Ablauf von zwei Jahren, dann alle fünf Jahre einer Revision zu unterziehen sind. Die erste Revision hat nach dem Ende des Jahres 1887, die zweite nach dem des Jahres 1892 erfolgen müssen. Nicht viele Verursagengesellschaften haben sich an diese Termine nicht gebunden, sondern inzwischen solche Revisionen vorgenommen. Diejenigen jedoch, welche erst zwei haben eintreten lassen, werden die dritte nach Schluß des Jahres 1897 folgen lassen müssen. Da es zu einer solchen Revision recht eingehender Vorarbeiten bedarf, so ist es durchaus nicht verfrüht, schon jetzt damit zu beginnen. Die Konferenz im Reichs-Vericherungsamte wird dazu auch sicherlich vielfach den Anstoß gegeben haben.

Dresden, 22. April. Heute Abend, am
Vorabend von König Alberts Geburtstag, ver-
samleten sämtliche konservative, nationalliberale
und fortschrittliche Landtagsmitglieder eine Er-
klärung, in der sie sagen, es sei dringend not-
wendig, und außerhalb des Landtages zu-
nimmensubstanz und dementsprechend besond-
ers in den Wahlen vorzugehen. Die Antisemiten, die
bei dem vorletzten Landtagsschluss eine ent-
scheidende Erklärung unterschrieben, haben ihre
Unterschrift nicht gegeben.

Würzburg, 22. April. Der fränkische
Zentrumsverein nahm eine Resolution an, in
der die Zentrumsparthei im Reichstag aus-
gefordert wird, ein Gesetz einzubringen, wonach
durch ein Duell verursachte Verletzungen an
Ehre und Gesundheit, wie gemeine Körper-
verletzung bezw. wie Todtschlag und Mord be-
straft werden sollen.

Oesterreich-Ungarn.
Wien, 22. April. Heute erheben der Ber-
ger Prediger Dr. Dyhandler und Ernst n. Witz-
...

bruch im „Neuen Wiener Journal“ ihre
 inmen gegen das Duell. Dryander sagt, die
 weidlich müßte von oben kommen, und zwar
 ch das Verbot des Offizierdienstes. Widen-
 ch dagegen glaubt, daß kein kaiserliches Dekret
 ein Reichstagsbeschuß das Duell beseitigen
 ne. Das Duell werde erst verschwinden,
 das allgemeine Niveau der Nation sich
 oben hat.

Franreich.
Paris, 22. April. Wie versichert wird, April
e Präsident Faure das Entlassungs-

Im nächsten Jahre das Entlassungsgeheim des Kabinetts genehmigt. Die Entlassung solle erst nach der Sitzung der Deputiertenkammer offiziell bekannt gegeben werden. Man glaubt, Faure werde versuchen, ein Veröhnungs- und Konzeptions-Ministerium zu bilden. In den Wandelstufen der Kammer werden als geeignet für die Gestaltung des Kabinetts genannt Peytral, Laine oder Bourgeois, Letzterer für den Fall, man würde die Deputiertenkammer ihm als Vertrauensminister ernennen sollte. Ministerpräsident Bourgeois hat den auf Mittwoch angesetzten Wochenanfang des diplomatischen Jahres abgefragt. Bourgeois arbeitet an der Erklärung, welche er morgen in der Kammer vorlegen will, nachdem er sie vorher seinen Kollegen überreicht haben wird.

Smith, George, 1900 Blatt barba

et, daß der die Auswahl der Assessoren unter

breitet haben wird. Oberan

antmann Wilhelm Karbe, Liebenow, Gutz-

Prag, 23. April. In dem Prager Stadttheil Hollitzdowitz rotteten sich gestern Abend viele unthätige Arbeiter zusammen und verübten Excesse. Die berittene Waidmannschaft, welche einschreiten mußte, wurde mit Steinen beworfen und mehrere Verwunden verletzt. Viele Verhaftungen wurden vorgenommen.

Brüssel, 23. April. Einer offiziellen Meldung der Kongregierung zufolge haben die Deputirten des Prozesses Lothaire-Stofz gestern begonnen. Alle Gerichte betreffend Freisprechung Lothaires sind erfinden.

London, 23. April. Der Reichstagsabgeordnete Liebkecht wird vom 19. Mai bis 6. Juni zu folgenden Nächsten Konferenzen abfahren: London, Bristol, Oxford, Glasgow, Edinburgh, Bradford und Manchester.